„FRANKREICHS ZEIT IN AFRIKA IST ABGELAUFEN"

Ein SPIEGEL-Gespräch mit dem Ministerpräsidenten von Guinea, Sekou Touré

SPIEGEL: Herr Ministerpräsident, Sie sind der einzige Staatsmann des französischen Afrikas, der seine Landsleute aufforderte, die Loslösung von Frankreich zu wählen — nachdem der General de Gaulle in seiner neuen Verfassung allen französischen Kolonien freigestellt hatte, über ihr Verbleiben im französischen Imperium selber zu entscheiden. Die Bevölkerung Guineas ist Ihnen mit großer Mehrheit gefolgt, und heute ist die Republik Guinea ein souveräner Staat. Kaum aber hatten Sie die Unabhängigkeit Guineas proklamiert, da ersuchten Sie den General de Gaulle um die Zulassung Ihres Landes zu der „Assoziation Freier Staaten", die in der neuen französischen Verfassung vorgesehen ist. Wenig später schlossen Sie mit dem Commonwealth-Staat Ghana einen Unionsvertrag. Welches ist nun das Ziel Ihrer Außenpolitik?

TOURE: Wir wollen von der Unabhängigkeit Guineas so schnell wie möglich zu einem Zusammenschluß möglichst vieler westafrikanischer Staaten gelangen und allen noch unter fremder Kolonialherrschaft stehenden westafrikanischen Gebieten zur Unabhängigkeit verhelfen, damit sie sich am Zusammenschluß Afrikas, Westafrikas zunächst, beteiligen können.

SPIEGEL: Mit Gewalt können und wollen Sie das wohl nicht erreichen. Wie also wollen Sie diesem Ziel näherkommen?

TOURE: Natürlich nicht mit Krieg oder Aufstand — jedenfalls nicht von uns aus. Nur wenn man die Afrikaner zwingen sollte, für ihre Freiheit zu kämpfen, sich ihre Unabhängigkeit mit Blut zu erkaufen, nur dann würden wir den friedlichen Weg, den Weg der Politik, verlassen.

SPIEGEL: Guinea hat um seine Unabhängigkeit von Frankreich nicht zu kämpfen brauchen. Frankreich hat die Bevölkerung von Guinea wie alle afrikanischen Bevölkerungen unter seiner Herrschaft frei und ungehindert abstimmen lassen, und in allen Gebieten außer in Guinea haben sich große Mehrheiten für ein Verbleiben im französischen Staatsverband ausgesprochen. Warum haben Sie als Einzelgänger den Umweg über die Trennung und Souveränität eingeschlagen, um, so bald wie möglich, Ihre Souveränität doch wieder freiwillig einzuschränken und sich in einen Staatenbund einzufügen?

TOURE: Aus zwei Gründen. Einmal, weil der Zusammenschluß der afrikanischen Gebiete zu den „Vereinigten Staaten von Afrika", die unser Fernziel sind, den alten kolonialen Rahmen sprengen muß; weil Afrika nicht wirklich selbständig und lebensfähig werden kann, wenn seine schwarze Bevölkerung in die alten Kolonialgrenzen eingeschlossen bleibt; zum anderen, weil uns de Gaulle keine Wahl ließ und die Alternative, mit der er uns Afrikaner konfrontierte, unsinnig und unannehmbar war.

SPIEGEL: Wir verstehen den ersten Grund sehr wohl. Sie betrachten den Unterschied zwischen den Afrikanern der britischen, französischen, portugiesischen und belgischen Kolonien als künstlich, als oberflächlich und zeitbedingt. Mit den Kolonialregimen und den Kolonialgrenzen, so nehmen Sie an, werden diese Differenzierungen europäischer Herkunft weitgehend verschwinden. Es geht Ihnen um einen rein afrikanischen Zusammenschluß, nicht um diese oder jene Form einer Gemeinschaft mit Europa. Das ist klar. Der zweite Grund leuchtet uns allerdings weniger ein.

TOURE: Dazu muß ich Ihnen die Verfassungsbestimmungen erklären, die Frankreichs Überseegebiete betreffen. Wir waren bereit, die staatsrechtliche Bindung mit Frankreich aufrechtzuerhalten und die von de Gaulle geplante „Französische Gemeinschaft*" trotz vieler Bedenken zu akzeptieren — gerade um der Einheit der afrikanischen Gebiete und um der Zusammenarbeit mit Frankreich willen. Was die föderative Organisation mit Frankreich angeht, natürlich nur als Übergangslösung zur Vorbereitung der Unabhängigkeit aller afrikanischen Gebiete, die noch von Frankreich abhängig sind . . .

SPIEGEL: Verzeihung, daß wir Sie hier unterbrechen. Sie selbst sind, noch kurz bevor der Pariser Verfassungsentwurf veröffentlicht wurde, mit Nachdruck für das Verbleiben Guineas im französischen Staatsverband eingetreten. Sie gingen sogar so weit, die Anlehnung der afrikanischen Gebiete an Frankreich geradezu als Voraussetzung für ihre geordnete staatliche und wirtschaftliche Entwicklung anzuerkennen. Plötzlich änderten Sie Ihre Politik.

TOURE: Das ist richtig. Solange wir hoffen durften, daß de Gaulles Plan einer „Französischen Gemeinschaft" unseren Bedürfnissen Rechnung tragen würde, waren wir bereit, ihn zu akzeptieren. Aber die Pariser Entscheidung, die bis dahin bestehenden Bundesstaaten innerhalb Französisch-Afrikas aufzulösen und die Gemeinschaft nur mit einzelnen Staaten einzugehen, beraubte uns aller Vorteile.

SPIEGEL: Welcher Vorteile?

TOURE: Sehen Sie, wir waren bereit, der „Gemeinschaft" — also letztlich der französischen Regierung — vier wesentliche Hoheitsrechte zu überlassen: die auswärtigen Beziehungen, die Landesverteidigung, die Währung und das höhere Unterrichtswesen. Wir waren sogar damit einverstanden, daß gewisse, genau abgegrenzte Zuständigkeiten auf den Gebieten der Rechtsprechung, der Gesetzgebung und der Verwaltung der „Gemeinschaft" übertragen würden. Aber das genügte der französischen Regierung nicht. Paris forderte außerdem: das gesamte Fernmeldewesen, soweit die Nachrichtenverbindungen über die Grenzen der einzelnen Territorien hinausgehen, und alle überseeischen und kontinentalen Verkehrsverbindungen; schließlich die Kontrolle über Justiz und Gesetzgebung. Das war zuviel und außerdem ein Schritt zurück.

SPIEGEL: Wieso ein Schritt zurück?

TOURE: Die Nachrichten- und Verkehrsverbindungen, das gesamte Post- und Fernmeldewesen waren uns schon 1956 in eigene Regie gegeben worden, und zwar auf der höheren Ebene der Bundesgebiete Westafrika und Äquatorialafrika, zu denen die einzelnen Territorien bisher zusammengefaßt waren. Vor allem aber wollte Frankreich die „strategischen Rohstoffe" für sich. Das bedeutet einen tiefen Eingriff in die Volkswirtschaft der einzelnen Gebiete und nimmt ihnen jede Chance zu selbständiger Entwicklung.

SPIEGEL: Was hätte das denn für Guinea bedeutet?

TOURE: Der Reichtum Guineas, der zwar von Frankreich zu einem kleinen Teil ausgebeutet, aber für unser Land noch nicht nutzbar gemacht wurde, liegt gerade in den „strategischen Rohstoffen": Bauxit, schwere Erze und Eisenerz von hohem Eisengehalt. Die Zukunft des Landes, seine Position im Welthandel, seine Industrialisierung, der Lebensstandard seiner Einwohner werden von der Nutzung dieser Bodenschätze entscheidend mitbestimmt. Schließlich liegt in unseren quellenreichen —

Ministerpräsident **Touré** beim SPIEGEL-Gespräch in Conakry*

* Als „Französische Gemeinschaft" werden alle Gebiete des französischen Imperiums bezeichnet, die zur neuen Verfassung de Gaulles ja gesagt haben. Diese Verfassung sieht die Möglichkeit vor, daß sich aus der jetzt existierenden „Gemeinschaft" eine „Assoziation Freier (souveräner) Staaten" entwickelt

* Rechts: SPIEGEL-Korrespondent Lothar Ruehl.

Bergen ein bedeutendes Potential hydroelektrischer Energie — auch Elektrizität ist ein „strategischer Rohstoff"

SPIEGEL: Sie waren also bereit, weiterhin französisches Militär in Guinea stationiert zu sehen, Ihre jungen Männer drei Jahre als Wehrpflichtige dem Dienst in der französischen Armee — davon eine lange Zeit in Algerien — zu unterwerfen, nach außen hin von Frankreich vertreten zu sein, sich im Ausland mit französischem Paß dem Schutz und der Aufsicht der französischen Konsulate zu unterstellen und Ihre Wirtschaft von der französischen Währungsgesetzgebung regieren zu lassen — aber telephonieren, telegraphieren, Radiowellen ausstrahlen und Ihre Rohstoffe verwerten, das wollten Sie in eigener Regie? Nur weil Frankreich Ihnen das verweigerte, entschlossen Sie sich zur Unabhängigkeit?

TOURE: Ich sagte Ihnen schon, daß wir ernste Bedenken hatten, eben wegen dieser Konsequenzen, aber wir hatten resigniert und waren bereit, das noch für einige Jahre in Kauf zu nehmen, eben um der Entwicklung unseres Landes willen. Nachdem Frankreich sich aber alle technischen Mittel reserviert hatte, mit denen eine derartige Entwicklung gefördert, orientiert und begrenzt wird, war für uns die Entscheidung klar und zwingend: Los von Frankreich!

SPIEGEL: Andere Gründe gab es nicht?

TOURE: Doch. Paris gab uns noch einen weiteren Grund: Die neue Verfassung läßt die beiden großen Bundesgebiete Westafrika und Äquatorialafrika nicht fortbestehen und schafft die Bundesorgane in Dakar und Brazzaville ab. In diese beiden Territorialföderationen hatten wir afrikanischen Nationalisten aber alle unsere Hoffnungen auf eine eigenstaatliche Entwicklung gesetzt.

SPIEGEL: Wenn also die zusätzlichen technischen, wirtschaftlichen und administrativen Zuständigkeiten, die Frankreich den Pariser Zentralorganen der „Gemeinschaft" reservierte, in Afrika selber geblieben wären, dann hätten Sie sich nicht von Frankreich getrennt?

TOURE: Dann hätten wir einen akzeptablen Kompromiß finden können.

SPIEGEL: Was Frankreich den afrikanischen Gebieten abverlangt, geht sicher sehr weit, aber nicht weiter als die Zuständigkeiten, die in allen Bundesstaaten und selbst in den meisten Staatenbünden den Bundesorganen übertragen werden. Technik und Ökonomie zwingen dazu, gleichgültig welche politischen Ziele verfolgt werden. Sie haben sich gegen die Föderierung mit Frankreich und für die Föderierung der afrikanischen Staaten entschieden. Warum aber schlugen Sie dann dem General de Gaulle eine Assoziation Guineas mit Frankreich vor?

TOURE: Die von der neuen französischen Verfassung vorgesehene „Assoziation Freier Staaten" ist ja nur eine lose Verbindung von politisch voneinander unabhängigen, aber durch gewisse wirtschaftliche Interessen und gemeinsame Traditionen miteinander verbundenen, souveränen Staaten. Soweit ich weiß, glaubt de Gaulle, mit dieser Vereinigung die unabhängig gewordenen ehemaligen Protektorate Indochinas und Nordafrikas, also Vietnam, Kambodscha, Laos, Marokko und Tunesien, außerdem die ehemaligen Mandate Togo und Kamerun, die bald unabhängig werden, wieder etwas enger um Frankreich gruppieren zu können. Vielleicht schwebt ihm eine Art französisches Commonwealth vor. Dazu waren und sind wir noch bereit. Wir gehören ja auch der Franc-Zone an.

SPIEGEL: In Europa ist Ihre Unionserklärung mit dem Commonwealth-Staat

SEKOU TOURE

ist seit dem 1. Oktober 1958 Ministerpräsident der westafrikanischen Republik Guinea, der einzigen Kolonie des französischen Imperiums, deren Bevölkerung sich im gaullistischen September-Referendum des vergangenen Jahres von Paris lossagte. Seit jenem historischen 28. September 1958 gilt der 37jährige Sozialist, Gewerkschaftsführer und Mohammedaner Sekou Touré als der mächtigste Politiker Westafrikas, dem sogar seine Gegner die Chance zubilligen, eines Tages Präsident der von ihm erträumten Vereinigten Staaten von Westafrika zu werden.

DER SOZIALIST und Rebell Sekou Touré, der durch seinen rücksichtslosen Kampf gegen die „chefferie", die Oberschicht der eingeborenen Grundherren und Stammeshäuptlinge, an die Macht gekommen ist, entstammt selber einem alten Clan des schwarzen Schwertadels. Er ist ein Nachfahr der Keita-Dynastie, die auf den legendären Reichseroberer Samory zurückgeht. Samory schwang sein Schwert für das muselmanische, westafrikanische Mali-Reich zu einer Zeit, als Wilhelm der Eroberer in England die Schlacht von Hastings (1066) schlug und das Königreich Frankreich noch auf die Ile de France beschränkt war. Der Großvater des Sekou Touré, Almamy Samory, war einer der schwarzen Kriegerhäuptlinge, die Guinea bis zum letzten Pfeil verteidigten, als die Franzosen das Land in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eroberten.

EIN REBELL gegen schwarzen Traditionalismus und französische Kolonialherrschaft war der am 9. Januar 1922 in der Stadt Faranah geborene Sekou Touré schon als Jüngling. Er organisierte Gewerkschaften mit so radikalen Parolen, daß die Kommunisten ihn mit Recht zu den Ihrigen rechneten. Von den Moskau-Jüngern trennte sich Sekou Touré nach dem Zweiten Weltkrieg, als er an die Spitze der nationalen Unabhängigkeitsbewegung Guineas trat. 1956 wurde er als Vertreter Guineas in die Pariser Nationalversammlung und zugleich zum Bürgermeister der Hauptstadt Conakry gewählt. Bald darauf war er Minister im Regierungsrat des Territoriums Guinea und schließlich Vizepräsident der Selbstverwaltung von Guinea, die Frankreich inzwischen zugestanden hatte.

Im August des vergangenen Jahres aber spielte sich dann in Conakry jene dramatische Szene ab, die den Abfall Guineas von Frankreich auslöste: Als der sieges- und beifallgewohnte Charles de Gaulle nach Conakry kam, stieß er auf den Nationalisten Sekou Touré, der dem stärksten Mann Frankreichs all seinen Grimm über die französische Kolonialherrschaft ins Gesicht schrie: „Guinea zieht der Sklaverei im Reichtum eine Armut in Freiheit vor!"

DE GAULLE verlor in diesem Augenblick die Selbstbeherrschung und fuhr den Neger wütend an: „Dann müssen Sie eben am 28. September mit Nein stimmen!" 96 Prozent aller Wähler Guineas folgten dem Rat des Generals, der in seiner neuen Verfassung allen französischen Kolonien das Recht zugestanden hatte, selber zu entscheiden, ob sie weiterhin dem französischen Imperium angehören wollen.

So überzeugend das Freiheitsvotum der Guineaner auch war, so endete der 28. September für Sekou Touré dennoch mit einer großen Enttäuschung: Außer ihm entschlossen sich alle schwarzen Staatsmänner Französisch-Afrikas, im französischen Imperium zu verbleiben. Guineas Ministerpräsident war damit in die Isolierung gedrängt. Paris strich alle Subventionen für Guinea und drohte sogar an, die französischen Techniker aus Guinea zurückzuziehen.

Diese Notlage veranlaßte den Guinea-Premier, bei seinem panafrikanischen Gesinnungsfreund Kwame Nkrumah, dem Ministerpräsidenten der britischen Commonwealth-Republik Ghana, Beistand zu suchen. Die beiden Politiker beschlossen, ihre Staaten locker als Keimzelle einer westafrikanischen Union zu föderieren; außerdem versprach der Ghana-Premier, seinem Kollegen mit einem Zehn-Millionen-Pfund-Kredit zu helfen. Kurz darauf wandte sich Sekou Touré an den Präsidenten der US-importierten Republik Liberia, Tubman. Der ultrakonservative Präsident ließ jedoch durchblicken, daß er aller panafrikanischen Mystik abhold ist.

DAS FIASKO seines Ausweichmanövers zwang Sekou Touré schließlich zu einem Kompromiß mit Charles de Gaulle. In der zweiten Januarwoche schloß Guinea drei technische Konventionen mit Frankreich ab, erklärte sein Verbleiben im Franc-Block und handelte dafür die Anerkennung Guineas durch Paris ein. Hinter diesem Nachgeben stand die Erkenntnis, daß Guinea auf keinen Fall die Verbindung zu den benachbarten Staaten Französisch-Afrikas abreißen lassen darf. Sekou Touré weiß, daß er unter den Politikern Französisch-Westafrikas noch viele Bundesgenossen besitzt, die vielleicht eines Tages bereit sein könnten, mit ihm ein vereinigtes Westafrika zu gründen.

TOURES HOFFNUNGEN wurden in der vorvergangenen Woche durch ein Ereignis bestärkt, das gerade den Samory-Abkömmling Sekou Touré bestricken mußte: Vier Negerführer Französisch-Westafrikas proklamierten die Bundesrepublik Mali, eine Neugründung jenes muselmanischen Reiches, das Sekou Tourés Vorfahren vor Jahrhunderten beherrscht haben.

Ghana zunächst mißverstanden worden. Es war der Eindruck entstanden, als wollte sich Guinea über die Union mit Ghana dem britischen Commonwealth anschließen.

TOURE: Davon kann natürlich keine Rede sein. Ich kann nur sagen, daß Guinea vorläufig nicht den geringsten Grund hat, sich dem britischen Commonwealth zu nähern. Unsere Verbindung zu Frankreich und der französischen Kultur wird immer enger und stärker sein als unsere Beziehungen zu irgendeinem anderen nichtafrikanischen Staat. Französisch ist und bleibt die Amtssprache in Guinea — neben den afrikanischen Sprachen.

SPIEGEL: Es ist doch offensichtlich, daß der General de Gaulle ein ehemaliges afrikanisches Kolonialgebiet nur dann in die größere „Assoziation Freier Staaten" aufnehmen will, wenn es vorher der „Französischen Gemeinschaft" angehört. Würde er jetzt Guinea als Mitglied der „Assoziation" akzeptieren, dann würden sich die afrikanischen Bevölkerungen, die zu de Gaulle und seiner Verfassung ja sagten, genarrt fühlen.

TOURE: Warum sollten sie das?

SPIEGEL: Nun, im Senegal, in Niger oder in Mauretanien würden sich die Leute sagen: Er hat uns vor die Wahl gestellt — Gemeinschaft mit Frankreich ohne Souveränität oder Trennung von Frankreich mit Souveränität auf eigene Kosten und Gefahren. Jetzt gesteht er Guinea Souveränität ohne Isolierung zu. Machen wir es Guinea nach und erklären wir uns für unabhängig! Frankreich ist in einer Zwangslage.

TOURE: Das ist es, was ich eine absurde Alternative nenne. Frankreich hat uns erpressen wollen. Aber sein Entweder-Oder mußte sich gegen seine Politik auswirken, sobald ein einziges Gebiet die Herausforderung annahm. Die Logik der Alternative, mit der es Afrika konfrontiert hat, war nicht kartesianisch: Frankreich gesteht allen Überseegebieten, die sich für seine „Gemeinschaft" entscheiden, das Recht zu, jederzeit aus dieser Gemeinschaft auszuscheiden und unabhängig zu werden. Als unabhängige Staaten können sie dann, wenn sie wollen, Mitglieder der „Assoziation" werden. Jenen Gebieten aber, die sich gegen die „Französische Gemeinschaft" entscheiden, verwehrt Frankreich den Beitritt zur „Assoziation". Und aus welchem Grund? Damit die anderen nicht von einem Recht Gebrauch machen, das man ihnen ausdrücklich eingeräumt hat.

SPIEGEL: Sie hatten all dies dem General de Gaulle am 25. August 1958 in Ihrer Begrüßungsansprache gesagt, als er auf seiner Reise durch die französischen Gebiete Afrikas nach Conakry kam. Der General schien davon nicht sonderlich beeindruckt, dafür aber über den Ton Ihrer Rede verärgert. Seither haben Sie Schwierigkeiten mit der französischen Regierung. Ist es nicht so und hat das nicht eine Rolle in der Politik gespielt?

TOURE: Das mag sein, aber wir sind nicht schuld daran. Wir haben nichts gegen die Franzosen im allgemeinen und gegen de Gaulle im besonderen. Wir wollen nur, daß Guinea für seine Einwohner regiert und verwaltet, erschlossen und bebaut wird.

De Gaulle in Westafrika: „Wir waren dem General kein Plebiszit schuldig"

SPIEGEL: Das ist aber nur möglich ...

TOURE: Natürlich nicht umsonst, sondern mit Gewinn für alle Beteiligten und in einer echten Partnerschaft. Guinea ist zwar wie alle afrikanischen Gebiete unentwickelt, aber es ist im Gegensatz zu manchen Gebieten der „Französischen Gemeinschaft" von Natur aus reich und hat auch bei sehr vorsichtiger Einschätzung seines potentiellen wirtschaftlichen Wertes sehr viel größere Entwicklungschancen als andere ehemalige Kolonialgebiete.

SPIEGEL: Inwiefern?

TOURE: Nun, seine Bevölkerung lebt von der Landwirtschaft und vom Heimgewerbe, das Land ist nicht überbevölkert, die Ernährung ist sichergestellt. Anders als in manchen asiatischen und nordafrikanischen Staaten gehen Industrialisierung und Erhöhung des Lebensstandards nicht über unsere Kräfte. Wir brauchen die Hilfe des Auslands, aber Guinea ist kein Faß ohne Boden, es bietet dem ausländischen Kapital eine solide Grundlage und bedeutende Profitchancen. Wir sind Realisten und keine Doktrinäre oder ressentimentbeladene Besessene des Nationalismus. Daß Ghana uns hilft, ist selbstverständlich, denn Ghana und Guinea wollen gemeinsam die Vereinigung Westafrikas zu einem Staatenbund vorbereiten.

SPIEGEL: Wie aber wollen Sie die Union mit Ghana und Ihr Ziel, zunächst Westafrika, dann das ganze schwarze Afrika zu vereinigen, mit einer Bindung an Frankreich vereinbaren, dessen Ziel es doch ist, seinen einstigen Kolonialbesitz in Afrika in der neuen Form der „Französischen Gemeinschaft" zu halten?

TOURE: Ghana gehört dem britischen Commonwealth an und wird, soweit man es absehen kann, auch darin bleiben, Guinea kann deshalb einer Assoziation freier Staaten mit Frankreich als Mittelpunkt angehören. Ich sehe da keinen Widerspruch. Frankreich und Großbritannien gehören auch den verschiedensten internationalen Organisationen und Assoziationen an.

SPIEGEL: Aber die Mitgliedschaft in ihnen bedeutet nicht, daß sie in den verschiedenen Assoziationen unvereinbaren, ja gegensätzlichen Zielen zustreben, wie das im Fall Ghanas und Guineas auf der einen, Frankreichs auf der anderen Seite nun einmal der Fall ist. Sie wollen zunächst einen westafrikanischen Staatenbund, an dem Gebiete teilnehmen sollen, die heute noch unter französischer Souveränität stehen. In diesem Staatenbund sollen weder Frankreich noch Großbritannien Mitglieder sein; sein Daseinszweck ist es, Afrika den Afrikanern zurückzugeben. Frankreich dagegen will eine afrikanische Macht bleiben und muß in Ihren Zielen eine Bedrohung der französischen Position sehen.

TOURE: Wir können den Lauf der Welt nicht aufhalten. Afrika ist im Aufbruch. Frankreich kann keine afrikanische Macht bleiben, europäisch-afrikanische Zusammenschlüsse sind nur zwischen gleichberechtigten, politisch unabhängigen, souveränen Partnern dauerhaft. Für uns heißt die Parole: Afrika zuerst. Wenn Paris unseren Beitritt zu der neuen „Assoziation Freier Staaten" davon abhängig machen will, daß Guinea Frankreichs Anspruch, eine afrikanische Macht zu bleiben, anerkennt, dann wird diese Assoziation eben nicht stattfinden. Das Hauptziel unserer Politik ist die Vereinigung Westafrikas.

SPIEGEL: Wie stellen Sie sich einen afrikanischen Zusammenschluß denn vor? Guinea und Ghana, deren Ziel dieser Zusammenschluß ist, haben keine gemeinsame Grenze.

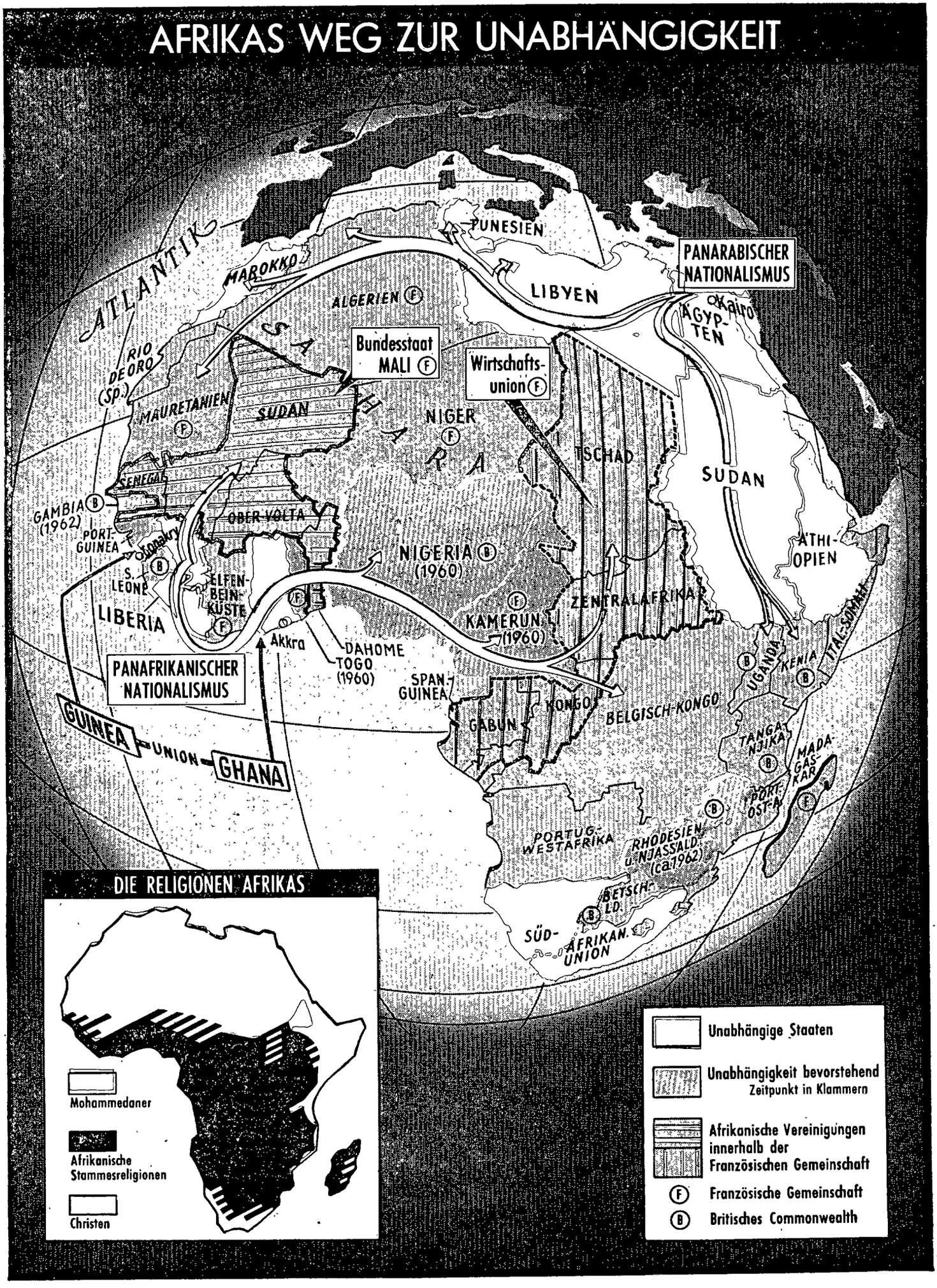
TOURE: Zunächst haben wir — Ministerpräsident Nkrumah und ich — in der Unionserklärung von Akkra ein Grundsatzabkommen unterzeichnet. Ghana und Guinea verpflichten sich darin zu einer gemeinsamen Außen-, Handels- und Investitionspolitik, wobei alle Schritte gemeinsam beschlossen werden. Jeder der beiden Staaten behält seine Souveränität und seine Institutionen.

SPIEGEL: Die Union beider Staaten ist also keine Staatsschöpfung, Ghana und Guinea schließen sich nicht zu einem Staatenbund, viel weniger noch zu einem Bundesstaat zusammen?

TOURE: Vorläufig nicht. Später, wenn sich unsere politische Union bewährt haben wird, werden wir den nächsten Schritt tun: die Gründung eines Staatenbundes mit gewissen gemeinsamen Einrichtungen und Gesetzen, etwa zur Landesverteidigung, für die auswärtigen Angelegenheiten, die Währung, den Außenhandel, das Zollwesen, den Warenverkehr, die Investitionen.

SPIEGEL: Diesem Staatenbund sollen dann andere unabhängige oder in der Zwischenzeit unabhängig gewordene Gebiete Westafrikas beitreten? Zum Beispiel der älteste unabhängige Staat Westafrikas, Liberia?

TOURE: Guinea hat auch mit Liberia ein politisches Abkommen. Präsident Tubman und ich haben ebenfalls eine weit-


AFRIKAS WEG ZUR UNABHÄNGIGKEIT
ATLANTIK
MAROKKO
TUNESIEN
ALGERIEN (F)
LIBYEN
PANARABISCHER NATIONALISMUS
Kairo
ÄGYPTEN
Bundesstaat MALI (F)
Wirtschaftsunion (F)
RIO DE ORO (SP.)
MAURETANIEN (F)
SUDAN
NIGER (F)
SAHARA
TSCHAD
SUDAN
SENEGAL
GAMBIA (B) (1962)
PORT-GUINEA (F)
Conakry
OBER-VOLTA
ÄTHIOPIEN
S. LEONE (B)
LIBERIA
ELFENBEINKÜSTE (F)
NIGERIA (B) (1960)
ZENTRALAFRIKA (F)
KAMERUN (F) (1960)
Akkra
DAHOME
TOGO (1960)
PANAFRIKANISCHER NATIONALISMUS
SPAN. GUINEA
UGANDA (B)
KENIA (B)
ITAL.-SOMALI
GUINEA
UNION
GHANA
GABUN
KONGO
BELGISCH-KONGO
TANGANJIKA (B)
MADAGASKAR (F)
PORT. OST-A
PORTUG. WESTAFRIKA
RHODESIEN U. NJASSALD. (ca. 1962) (B)
BETSCHUANALD. (B)
SÜDAFRIKAN. UNION
DIE RELIGIONEN AFRIKAS
Mohammedaner
Afrikanische Stammesreligionen
Christen
Unabhängige Staaten
Unabhängigkeit bevorstehend
Zeitpunkt in Klammern
Afrikanische Vereinigungen innerhalb der Französischen Gemeinschaft
(F) Französische Gemeinschaft
(B) Britisches Commonwealth

Musik im Glas

... so nannte einmal ein Whisky-Freund den Seagram's V.O. Und wirklich, kaum ein anderer Vergleich könnte den wundervoll harmonischen Geschmack des Seagram's V.O. treffender charakterisieren. Das ist ein echter Canadian-Whisky, der seiner Heimat Ehre macht, der überall auf der Welt Stunden schönster Harmonie zaubert. Im Heim oder in der Bar – Seagram's V.O. läßt die Herzen wirklicher Kenner höher schlagen.

Seagram's V.O.

CANADIAN WHISKY

In aller Welt geschätzt

IMPORTIERT AUS CANADA DURCH SCHNEIDER-IMPORT, BINGEN AM RHEIN

gehende Übereinstimmung unserer Ansichten festgestellt. Ich bin überzeugt, daß Liberia einem westafrikanischen Staatenbund nicht fernbleiben würde. Außerdem werden in Kürze drei neue souveräne Staaten in West- und Westäquatorialafrika auftreten: Togo, Kamerun und Nigeria. Alle drei werden früher oder später an dem Zusammenschluß teilnehmen.

SPIEGEL: Das ist sicher schon eine beachtliche Zahl von Staaten, Menschen und Quadratkilometern, aber auch ein stattliches Aufgebot an unterschiedlichen Staatsstrukturen und Traditionen. Ghana und Nigeria sind afrikanische Gebiete britischer Prägung. Liberia ist eine Verpflanzung amerikanischer Organisations- und Wirtschaftsformen nach Afrika. Togo und Kamerun wiederum sind weniger von Frankreich beeinflußt als etwa Guinea.

TOURE: Wenden Sie nicht westliche Begriffe und Redeweisen auf Afrika an! Die afrikanische Realität ist stärker und dauerhafter als diese Oberflächenprägung von außen. Es kommt nicht so sehr auf die einzelnen Staatsstrukturen und Regierungstechniken an, als vielmehr auf diese gewaltige, noch ursprüngliche und ungeformte Masse der schwarzen Afrikaner, die sich organisieren und definieren wird. Nach welchen Kriterien? Mit welchen Mitteln? Die Antwort ist einfach: mit ihren eigenen.

SPIEGEL: Wo sind sie?

TOURE: Ja, Sie sehen sie nicht. Ihr europäischer Verstand erfaßt sie nicht. Warum? Weil für Sie außer der europäisch-amerikanischen Zivilisation, der Zivilisation des weißen Mannes und seinen Techniken, Organisationsformen, Kategorien, Definitionen und Denkprozessen nichts Reales existiert. Sie haben die Welt mit Gewalt erobert, erschlossen, ausgebeutet, mit Ihren Organisationen überzogen, den ganzen Erdball kolonisiert und aus den farbigen Menschen unvollkommene — natürlich auf immer und ewig unvollkommene! — Abbilder des zivilisierten Menschen in Ihrem Sinne formen wollen, wenn Sie es nicht vorzogen, sie im primitiven Zustand als Arbeitssklaven zu halten ...

SPIEGEL: Sind Sie wirklich der Meinung ...

TOURE: Aber heute, Mitte des 20. Jahrhunderts, sind Sie, die weißen Männer der Weltzivilisation, mit der gewaltigen Masse der farbigen Völker konfrontiert, die Ihre Techniken und Methoden anwenden, ohne ihre Natur, ihren eigenen Charakter aufzugeben. Wir Afrikaner werden unsere eigene moderne Zivilisation entwickeln. Um zu Ihrer Frage zurückzukehren: Die afrikanischen Massen werden die Widersprüche, die aus der Geschichte der Kolonisierung in die Gegenwart hineinreichen, mit ihrer eigenen Gestaltungskraft und ihren eigenen Ideen überwinden.

SPIEGEL: Dabei werden neue Widersprüche entstehen. Auch die afrikanischen Massen werden die Widersprüche nicht in Harmonie auflösen.

TOURE: Natürlich nicht. Neue Widersprüche werden aus der Überwindung der alten entstehen, aber es werden innerafrikanische Widersprüche sein, vergleichbar denen, die heute noch die europäischen Völker trennen. Nur werden wir dabei einen Vorteil haben: Unsere Geschichtslandschaft ist nicht erstarrt wie die Europas oder Asiens und selbst Amerikas. Der schwarze Erdteil ist ein weißer Fleck auf der Weltkarte bis weit ins 19. Jahrhundert hinein! Wir schleppen unsere Vergangenheit nicht als Ballast in die Zukunft! Nur eine Konsequenz hat unsere koloniale, unsere jüngste Vergangenheit: Afrika wird den Afrikanern gehören. Die Weißen haben es nicht zu durchdringen und zu verändern

vermocht. Jetzt ist ihre Zeit zu Ende, und das ursprüngliche Afrika wird sich durchsetzen.

SPIEGEL: Aber sind nicht die Techniken und Organisationsformen des weißen Mannes eine Grundbedingung für die wirtschaftliche und staatliche Entwicklung eines unterentwickelten Gebietes? Die Organisation der Republik Guinea und Ihr Regierungsprogramm sind ein Beweis dafür.

TOURE: Das bestreite ich nicht.

SPIEGEL: Aber diese Tatsache hat soziale, ideelle und psychologische Konsequenzen. Sie sind gezwungen, in Begriffskategorien zu denken, die dem weißen Mann erlaubten, seine Techniken zu entwickeln. Die Afrikaner werden sich seinen Denkprozessen nicht entziehen können. Die Ideen, die Sie heute Frankreich entgegenhalten, sind auch französische Ideen: Freiheit, Emanzipation, Demokratie, Gleichberechtigung, Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit, soziale Verantwortung, Recht auf Arbeit und Fürsorge, auf Renten und Versicherung. Alle Forderungen in Ihrem Parteiprogramm sind Ideen des weißen Mannes. Wo aber sind die Ideen Afrikas?

TOURE: Die Ideen der Afrikaner werden sich definieren, und hier in Guinea schälen sie sich heraus: die unbedingte Solidarität, die den Egoismus der Einzelnen überwindet . . .

SPIEGEL: Verzeihung, aber das sind alte Menschheitsideale des Abendlandes. Wir glauben ja, daß die Afrikaner einen großen Reichtum an Gefühlen, an echtem Brüderlichkeitsempfinden zu bieten haben, aber ihre Gesellschaftsordnung und ihren Staat, ihre Wirtschaft werden sie nach Gesetzen aufbauen müssen, die im Okzident ihren Ursprung haben. Und die Ideologien und Organisationsmethoden, die in Europa und Amerika entstanden sind, dürften ihre Anziehungskraft und ihren Druck auch auf Afrika ausüben. Die Afrikaner werden der Wahl zwischen einer kollektivistischen und einer individualistischen Gesellschaftsordnung nicht entrinnen. Sie mögen Mischformen hervorbringen, aber eine Orientierung in die eine oder andere Richtung wird auch ihnen nicht erspart bleiben.

Ghana-Premier **Nkrumah**, Sekretärin: „Vergangenheit ist Ballast"

TOURE: Ich verstehe Sie sehr gut. Nur, Sie kennen Afrika nicht. Wir lassen uns keine Etiketten aufkleben. Man fragt mich häufig: Sind Sie Sozialist?

SPIEGEL: Wir schließen uns dieser Frage an, nachdem wir das Programm Ihrer „Demokratischen Partei Guineas" gelesen haben.

TOURE: Ich antworte: Ich weiß nicht, was ich bin. Die Worte und Begriffe haben hier nicht dieselbe Bedeutung, hier ist alles im Werden, und nur die Massen zählen, die zu einer eigenen Zivilisation durchbrechen wollen.

SPIEGEL: Aber die Tatsachen lassen erkennen . . .

TOURE: Es ist eine Tatsache, daß Guinea das Privateigentum schützt, ohne die Ausbeutung der Arbeitskraft zuzulassen. Ausländisches Kapital steht unter dem Schutz des Staates, und wir halten unsere Verträge strikt und loyal ein. Wir bieten uns allen an, die den guten Willen haben, mit uns zusammenzuarbeiten — zu ihrem und zu unserem Vorteil. Uns geht es nur darum, Guinea — und später ganz Afrika — zu entwickeln und die Bedürfnisse unserer Völker zu erfüllen.

SPIEGEL: Sie werden bei der Vereinigung Afrikas zunächst auf die europäischen Kolonialmächte stoßen, auf Frankreich und Großbritannien, aber auch auf Belgien und Portugal. Später werden Sie auf andere afrikanische Mächte treffen . . .

TOURE: Die Freiheit der Afrikaner, die Einheit und Unabhängigkeit Afrikas ist eine Idee, die nicht an Grenzen haltmacht. Die Befreiung der Afrikaner in den Kolonien wird von innen kommen, sie werden durch die Kolonialgrenzen hindurchbrechen und zu uns stoßen. Das Wesentliche ist, daß eine Hoffnung da ist, ein Ziel, eine Idee, ein Programm: die Einheit Afrikas in Unabhängigkeit. Die Union von Ghana und Guinea ist der Kern dieser künftigen Einheit.

SPIEGEL: Vom Nahen Osten her geht eine ähnliche Einheitsbewegung durch Nordafrika und bis tief in den Sudan hinein. Diese Einigungsidee ist um so machtvoller, als sie auf einer Religion fußt, zu deren Gläubigen 80 Prozent aller Einwohner Ihres Landes gehören: dem Islam. Früher oder später treffen beide ehrgeizigen Einigungsbewegungen aufeinander, vielleicht auch in Guinea selbst. Sehen Sie in der von Kairo ausgehenden all-islamischen Einheitsbewegung nicht eine Gefahr für die Einheit des schwarzen Afrikas, das in seinem Nordteil und stellenweise bis über den Äquator nach Süden muselmanisch ist — vom Sudan bis nach Guinea, zumal Ägypten ja zumindest geographisch zu Afrika gehört?

TOURE: Wir wollen nicht den gesamten afrikanischen Kontinent, das geographische Afrika, vereinigen. Wir haben in Guinea gerade dank unserer konstruktiven Unabhängigkeitspolitik und unserer nationalen Integrationsbemühungen kein politisches Moslemproblem. Unsere Moslems sind bewußte Guineaner. Aber es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß eines Tages verschiedene Kraftströme zusammentreffen. Wir wollen keinem Teil Afrikas unseren Willen aufzwingen — wollten wir es, so könnten wir es doch nicht; denn dazu fehlt uns die Macht. Natürlich respektieren wir die Eigenheiten Nordafrikas, Ägyptens, des Sudans, Äthiopiens oder Südafrikas. Aber wir sind kein schwarzes Hinterland für den arabisch-muselmanischen Norden und Nordosten. Wir wollen Afrika ebensowenig dem Orient überlassen wie den Europäern oder Amerikanern.

SPIEGEL: Es kommt nicht nur auf Ihren Realismus und den guten Willen der schwarzen Afrikaner an, sondern auch auf den Realismus der orientalischen und der nordafrikanisch-arabischen Welt. Ägypten sucht offensichtlich seinen alten Anspruch auf den Sudan in irgendeiner Form zu verwirklichen. Marokko beruft sich auf seine angeblichen historischen Rechte, um sich Mauretanien einzuverleiben. Beide finden in der muselmanischen Bevölkerungsmehrheit vom Sudan bis nach Guinea vielleicht eines Tages einen aufbereiteten Boden. Die Nordafrikaner sind entschlossen, Frankreich die Sahara zu entreißen, und die Fortdauer des Krieges in Algerien führt unvermeidlich zur Politisierung des Islam auch im schwarzen Afrika.

TOURE: Wir haben bisher keinen Grund, in der nordafrikanischen Unabhängigkeitsbewegung, im Islam oder in Ägypten Rivalen oder eine Bedrohung zu sehen. Wir sind mit Nordafrika und besonders mit dem algerischen Volk solidarisch. Die Algerier müssen ihr eigenes Schicksal selber bestimmen können. Es liegt im Interesse aller afrikanischen Völker, daß der Algerienkrieg aufhört und Algeriens Recht auf Unabhängigkeit anerkannt wird.

SPIEGEL: General de Gaulle sprach in seinen afrikanischen Reden von der Schutzbedürftigkeit Afrikas. Er warnte die Afrikaner vor dem Druck der asiatischen Massen, die von dem übervölkerten Kontinent nach Afrika springen oder einsickern könnten. Was halten Sie davon?

TOURE: Was für unser Verhältnis zu Europa, zu Nordafrika und zum Orient gilt, gilt auch für Asien: Afrika ist kein Lebensraum für irgendeine Expansion von außen, es soll weder von Asiaten noch von Europäern oder Arabern kolonisiert, bevölkert oder ausgebeutet werden — es gehört den Afrikanern. Die afrikanischen Völker würden sich gegen jede Aggression zur Wehr setzen. Ihre Vereinigung zu den „Vereinigten Staaten von Afrika" würde sie dazu instand setzen. Aber das ist eine Bedrohung, die uns nicht den Schlaf raubt, und Frankreich soll sich nicht um uns sorgen.

SPIEGEL: Der General de Gaulle ist offenbar von der gelben Gefahr für das schwarze Afrika überzeugt. Er sagte wiederholt, daß nur „die großen Ensembles" sich wirksam schützen und behaupten könnten und daß Afrika sich dazu an große europäische Schutzmächte anlehnen müßte.

TOURE: Die Verteidigungsgemeinschaft mit einer ehemaligen Kolonialmacht bedeutet in jedem Fall die Fortdauer der militärischen Besetzung, auf der das Kolonialregime beruht. Davon abgesehen muß man bezweifeln, daß Frankreich Afrika wirklich schützen könnte, und dasselbe gilt für ganz Westeuropa. Im Ersten Weltkrieg half das Kolonialreich dem unterlegenen Frankreich mit Soldaten, Rohstoffen, Zeit und Raum, den Sieg zu erkämpfen. Im Zweiten Weltkrieg gab Frank-

reich seinem Kolonialreich nicht die Zeit, dem Mutterland zu Hilfe zu kommen. Der General de Gaulle aber konnte Frankreich nur mit Hilfe der afrikanischen Gebiete wieder in den Krieg zurückführen. Vom schwarzen Afrika aus ist schließlich das „Freie Frankreich" aufgebrochen. Die neue Armee bestand in ihrer Mehrheit aus Kolonialsoldaten. Wir haben das nicht bereut.

SPIEGEL: Wären Sie auch bereit, ein zweites Mal ...

TOURE: Mit Frankreich haben wir in Europa die Freiheit, die Demokratie und die Menschenwürde verteidigt, und wenn sie heute wieder angegriffen würden, so würden wir es wieder tun. Ich vermag also nicht zu sehen, wieso die Erfahrungen der Weltkriege Afrika Schutz durch Frankreich versprechen. Ein Krieg mag vielleicht um Europa oder den Orient geführt werden, aber Afrika würde wohl weder Kriegsgrund noch Hauptkriegsziel sein. Die ganze gemeinsame Verteidigung resümiert sich in den Diensten, die Afrika Frankreich beziehungsweise Westeuropa oder der Nato leisten könnte.

SPIEGEL: Und wie stehen Sie dazu?

TOURE: Afrika muß sich von Militär-Allianzen fernhalten, die seine Teile wie in der Vergangenheit in einzelne Machtblöcke integrieren. Die afrikanischen Staaten und Afrika als Ganzes können kein Interesse haben, einem Militärblock anzugehören.

SPIEGEL: Also Neutralität, Disengagement?

TOURE: Ja, Neutralitätspolitik.

SPIEGEL: Das Problem der Neutralität ist nicht, wo sie beginnt, sondern wo sie aufhört. Manche Staaten, die Neutralitätspolitik betrieben, fanden sich plötzlich engagiert. Die Handels- und Investitionspolitik Ihres Landes zum Beispiel scheint eine bestimmte, östlich orientierte Interessenlage zu schaffen. In Paris sagt man ja schon voraus, daß Guinea die erste Volksdemokratie Afrikas nach östlichem Muster sein wird.

TOURE: Man vergißt nur noch hinzuzufügen, daß ich in Wirklichkeit in Moskau geboren und ein jüngerer Bruder Chruschtschews bin. Wir treiben Handel mit jedem und nehmen Investitionen von allen Seiten an, wenn die Bedingungen unseren Interessen entsprechen.

SPIEGEL: Haben Sie schon Angebote einer Wirtschaftshilfe in Form von Investitionskrediten erhalten?

TOURE: Ja, aber bisher nicht von westeuropäischen Ländern und nicht von den USA. Dafür aber aus Osteuropa: von der Deutschen Demokratischen Republik und von der Tschechoslowakei.

SPIEGEL: Ihre Bauxitvorkommen werden zur Zeit ja von einer internationalen Gruppe ausgebeutet, an der amerikanisches, französisches, schweizerisches und britisches Kapital beteiligt ist. Interessieren sich Ihre östlichen Handelspartner auch für Bauxit und die Aluminiumproduktion in Guinea?

TOURE: Die Länder, die uns Wirtschaftshilfe und technischen Beistand anbieten, und die Kapitalgeber, die investieren wollen, interessieren sich zumeist für alle Möglichkeiten, um sich dann auszuwählen, was sie besonders interessiert.

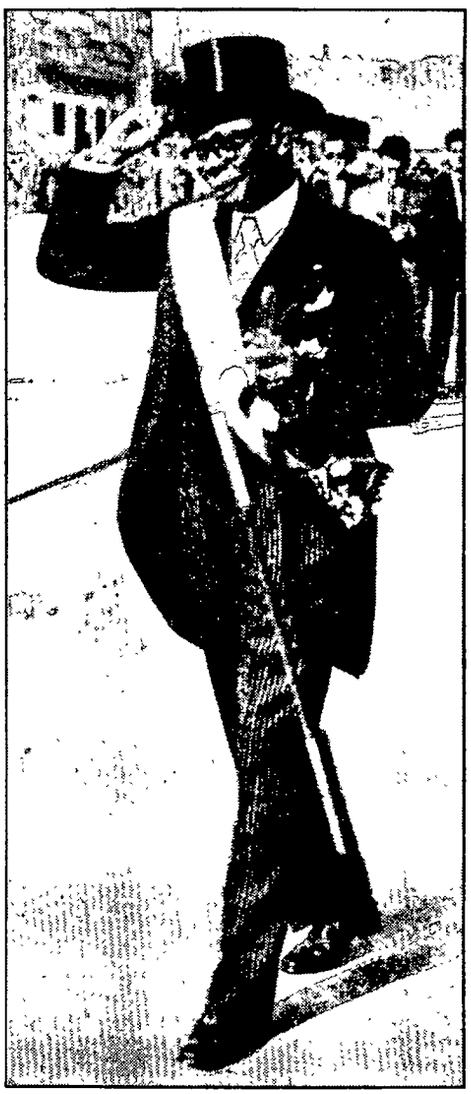
SPIEGEL: Bauxit ist der „strategische Rohstoff", den sowohl die Sowjet-Union als auch China dringend brauchen. Den Bauxitländern Ghana und Guinea gilt daher seit 1945 auch das besondere Interesse der Sowjet-Union.

TOURE: Wenn Guinea neue Bauxitabbaukonzessionen zu vergeben hat, wird es nur nach wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten entscheiden. Uns liegt natürlicherweise daran, daß hier eine Aluminiumindustrie aufgebaut wird, deren Produktion sicher abgesetzt werden kann.

SPIEGEL: Sie werden zweifellos in Osteuropa viel Entgegenkommen und bereitwillige Abnehmer finden. In Westeuropa hat mit dem Jahre 1959 die erste Phase der Wirtschaftsgemeinschaft begonnen. Sie waren ja noch Abgeordneter der französischen Nationalversammlung, als der Vertrag über den Gemeinsamen Markt ratifiziert wurde.

TOURE: Das ist richtig ...

SPIEGEL: Im Rahmen dieser Wirtschaftsgemeinschaft wurde den überseeischen Gebieten der westeuropäischen Mitglied-



Liberia-Präsident **Tubman**
„Ihr weißen Männer begreift uns nicht"

staaten ein besonderer Platz eingeräumt und ein Investitionsfonds eingerichtet, aus dem ein Teil der großen, erst auf lange Sicht rentablen Investitionen zur Erschließung der Gebiete finanziert werden soll. Die französischen Überseegebiete in Afrika sollen besonders von diesen europäischen Investitionen profitieren. Auf dem gemeinsamen westeuropäisch-afrikanischen Markt würden alle Produkte Guineas einen gesicherten Absatz zu günstigen Bedingungen finden. Guinea hat nach dem Wortlaut des EWG-Vertrages als Mitglied der Franc-Zone auch die Möglichkeit, in die Wirtschaftsgemeinschaft einzutreten.

TOURE: Da Frankreich uns zunächst einmal zur völligen Trennung gezwungen hat, in der Hoffnung, Guinea zu isolieren, haben wir unsere Wirtschaftsbeziehungen in die Richtungen orientiert, die uns offen waren: Ghana und Nordamerika zum Beispiel. Die Amerikaner und Kanadier interessieren sich besonders für unser Bauxit, Magnesium und die schweren Erze. Dabei haben wir die Möglichkeit, das an der Ausbeutung dieser Rohstoffe interessierte ausländische Kapital hier in Guinea selber zur Produktion von Aluminium, Eisen und Stahl — besonders Elektrostahl — sowie von Stahllegierungen und zum Aufbau von chemischen Industrien und einer modernen Textilindustrie zu engagieren.

SPIEGEL: Europa brauchen Sie also nicht mehr?

TOURE: Wir können Guinea unabhängig von Europa industrialisieren, und zwar sehr viel schneller, gründlicher und für unsere Bevölkerung in sozialer Hinsicht günstiger, als dies bisher unter französischer Regie geschah. Außerdem fanden und finden wir Partner in Osteuropa, die uns ähnliche Angebote machen. Sie machten mich vorhin auf die möglichen politischen Folgen aufmerksam, die wir nicht übersehen, vor denen wir uns aber bewahren werden.

SPIEGEL: Die Vorteile des Gemeinsamen Marktes für die afrikanischen Gebiete Frankreichs sind dennoch nicht zu verachten, und was Ihre östlichen Partner angeht, so ist — abgesehen von den politischen Konsequenzen — ein reales Geschäftsrisiko nicht zu leugnen. Die Beispiele für Nichterfüllung von Lieferverträgen, Nichteinhaltung von Fristen und Lieferung von minderwertiger Qualität sind zahlreich, und Staaten Asiens und des Nahen Ostens haben in diesem Punkte bittere Erfahrungen machen müssen.

TOURE: Unsere Abkommen und Verträge mit unseren verschiedenen Partnern sind so angelegt, daß diese Risiken auf ein Minimum beschränkt sind. Wir sind wachsam und würden bei den ersten Anzeichen politischer Ausnutzung von Handelsverträgen, Wirtschaftshilfe oder Investitionsvorhaben die Konsequenzen ziehen, ebenso bei Nichteinhaltung getroffener Vereinbarungen. Wir werden natürlich auch die Möglichkeiten der Assoziation an die westeuropäische Wirtschaftsgemeinschaft prüfen, aber . . .

SPIEGEL: ... aber Sie halten von vornherein nicht viel davon, nicht wahr?

TOURE: Eine europäisch-afrikanische Gemeinschaft kann sich, wenn sie von Wert und Dauer sein soll, nur auf die freiwillige Zustimmung der afrikanischen Seite gründen. Das bei dem Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft angewandte Verfahren war ein politischer Irrtum: Die europäischen Staaten — Frankreich, Belgien — können nicht ihre afrikanischen Gebiete à la longue engagieren — juristisch wohl, aber politisch nicht. Die Partner der Kolonialmächte hätten dieses Verfahren niemals akzeptieren dürfen.

SPIEGEL: Die Partner Frankreichs und Belgiens schießen Kapital für die Strukturinvestitionen zu, in der Erwartung, daß die Schlüsselidee der westeuropäischen Geopolitik „Eurafrika" Wirklichkeit werde.

TOURE: Ja, Eurafrika — das ist auch so eine europäische Idee für Afrika. Es ist damit wie mit dem „grand ensemble" des Generals de Gaulle: In Wirklichkeit soll es sich um eine Verlängerung Europas nach Afrika handeln. Das müssen sich die Europäer aus dem Kopf schlagen. Das ist Raumdenken, strategisches Denken — ob militärisch, politisch oder ökonomisch. Den Afrikanern geht es um die Menschen, nicht um Europa oder Amerika, Asien oder den Orient, nicht um einen „Großraum". Unser

natürlicher Großraum ist Afrika, nicht Eurafrika oder Afro-Asien.

SPIEGEL: Man wird einwenden, daß die große Masse der Afrikaner in den französischen autonomen Gebieten mit der „Französischen Gemeinschaft" Europa als Partner gewählt hat.

TOURE: Die afrikanischen Bevölkerungen haben das gewählt, was ihre politischen Führer ihnen vorschlugen . . .

SPIEGEL: Zweifellos: in Guinea die Unabhängigkeit, weil Sekou Touré es so wollte, in den anderen Gebieten die Gemeinschaft mit Frankreich.

TOURE: Die gesamte Elite Guineas hat für die Unabhängigkeit optiert, unsere Demokratische Partei Guineas hat den Massen die Alternative erklärt, und in unzähligen Volksversammlungen in den Gemeinden und Zellen entschied sich die große Mehrheit der politisch Aktiven für die Unabhängigkeit. Davon abgesehen haben wir den Weg der Zukunft gewählt, der von den Kolonialreichen weg zur Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonialvölker führt. Die politischen Führer in den anderen Gebieten haben die Vergangenheit gewählt, aber ihre Völker werden ihnen nicht lange folgen.

SPIEGEL: Sie gehen also von der Annahme aus, das französisch-afrikanische Ensemble werde nicht von Bestand sein?

TOURE: Natürlich wird es nicht lange zusammenhalten — ein paar Jahre vielleicht, nicht viel länger. Der Auflösungsprozeß hat längst begonnen. Paris glaubt, die Entwicklung noch unter Kontrolle halten zu können, aber das ist eine Illusion. Frankreich wird über kurz oder lang — und ich bin überzeugt, daß die Frist kurz sein wird — alle seine afrikanischen Gebiete verlieren, alle, ohne Ausnahme.

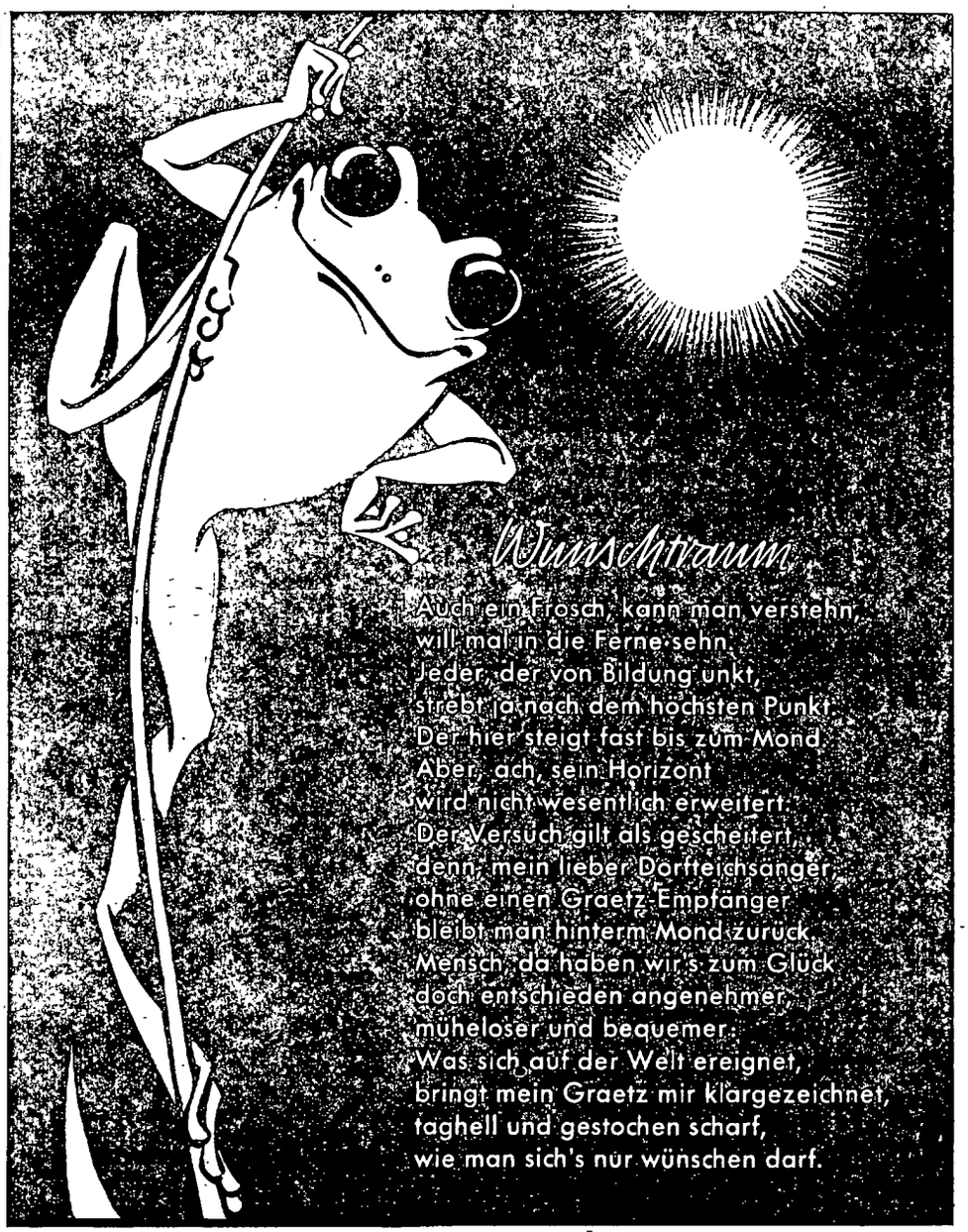
SPIEGEL: Hätte eine andere Politik diesen Zusammenbruch des französischen Überseereichs vermeiden können?

TOURE: Natürlich nicht. Was immer Frankreich getan hätte, am Ende des Weges wartete die Unabhängigkeit seiner Kolonien; keine Politik würde an diesem Resultat etwas geändert haben. Alles ist nur eine Frage der Zeit, aber Frankreichs Zeit als afrikanische Macht ist abgelaufen, und niemand kann die Entwicklung aufhalten, auch der General de Gaulle nicht, auch die französische Armee nicht. Diese neue Verfassungskonstruktion mit „Gemeinschaft" und Kompetenzverteilung, Eurafrika und allem, was sie sonst noch erfinden können, wird ihnen unter den Händen zerbröckeln, bevor sie Zeit haben, ihre Projekte zu verwirklichen. Nichts wird ihnen bleiben.

SPIEGEL: Aber hat sich denn de Gaulle nicht bemüht, neue Wege zu finden ...

TOURE: Der General de Gaulle hat nicht verstehen wollen, daß es nicht um seine Person geht, daß er bei den Millionen Afrikanern, die nach ihrem eigenen Staat, nach ihrer eigenen Verantwortung streben, keine Rolle spielt. Er ist ein großer Mann und gebietet Achtung. Ich zolle ihm den schuldigen Respekt. Aber das ist für uns kein Grund, seine Politik gutzuheißen. Ich bin Guineaner und für mein Land, für Afrika verantwortlich, nicht dafür, daß der Größe de Gaulles auch vom Volk Guineas gehuldigt wird. Übrigens ist er bei uns sehr wohlwollend empfangen worden; viele meiner Landsleute haben gejubelt, nur wenige haben demonstriert, daß seine Politik für uns nicht akzeptabel war. Ich habe ihm gesagt, was zu sagen war und was ihm niemand gesagt hatte, bevor er nach Conakry kam. Dann haben wir abgestimmt, und das ist alles Das ist Demokratie. Wir waren dem General de Gaulle kein Plebiszit schuldig.

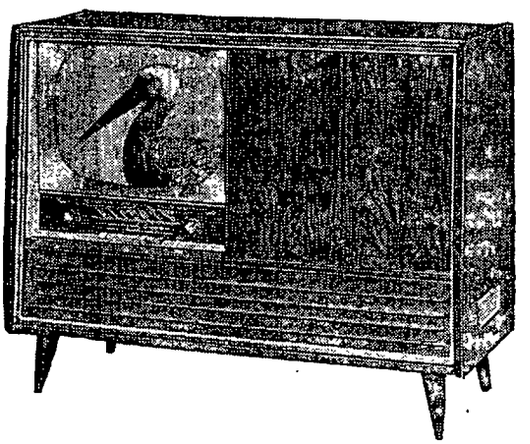
SPIEGEL: Herr Ministerpräsident, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



RADIO · MUSIKTRUHEN

MAHARANI

Luxus-
Fernseh-Rundfunk-
Kombinationstruhe
53-cm-Bildröhre



FERNSEHEMPFÄNGER

Graetz